
COVID-19 als Weckruf für die EU: Auswirkungen der Pandemie auf die Umsetzung der SDGs und auf die Verringerung von Ungleichheiten

Sylvia Beales, George Gelber und Patrizia Heidegger

In der Ministererklärung des Hocharangigen Politischen Forums 2020 der UN wird eingeräumt, dass bei der Umsetzung der Agenda 2030 die ärmsten Menschen sowie besonders schutzbedürftige Personen zurückgelassen wurden – und dass genau diese Bevölkerungsgruppen von der COVID-19-Krise am härtesten getroffen wurden. Außerdem wird in der Erklärung bekräftigt, dass die Agenda 2030 als gemeinsame Roadmap für die Reaktion auf die Pandemie und einen besseren Wiederaufbau der Wirtschaft („Build Back Better“) dienen sollte. COVID-19 hat EU-weit bestehende Ungleichheiten offengelegt und verschärft. Die Krise gefährdet ernsthaft das Erreichen verschiedener Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) durch die EU – insbesondere was SDG 10 (Weniger Ungleichheiten) betrifft.

In diesem Kapitel erörtern wir, wie die Pandemie und die direkten Gegenmaßnahmen die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen beeinträchtigen. Außerdem analysieren wir, wie sich COVID-19 auf bestehende Ungleichheiten innerhalb der EU auswirkt und diese verschärft. Wir zeigen auf, inwiefern die Ausbreitung des Corona-Virus die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) in und durch die EU erschwert. Die bereits deutlich spürbaren und noch zu erwartenden Auswirkungen der Pandemie sind wie ein Weckruf: Es ist Zeit, dass wir handeln. Die Situation zeigt uns, wie dringend die tiefgreifenden Ungleichheiten in der EU und weltweit behoben werden müssen. Wir brauchen politische Strategien, die für eine starke soziale Absicherung und ein leistungsfähiges Gesundheitssystem sorgen, dazu eine widerstandsfähige Wirtschaft mit niedrigem CO₂-Ausstoß, in der das Wohl der Menschen im Vordergrund steht. Es sind ehrgeizige politische Initiativen nötig, um den Klimawandel zu bremsen, die Artenvielfalt zu retten und Umweltverschmutzung

**„Ob es uns nun gefällt oder nicht:
COVID ist eine Krankheit
der Armut, Machtlosigkeit,
Ungleichheit und Ungerechtigkeit.“**

**Dr. David Nabarro, Sonderbeauftragter
des Generalsekretärs der Vereinten
Nationen zu COVID-19**

aufzuhalten – für eine gesunde Umwelt und einen gesunden Planeten. Diese Analyse beschäftigt sich nicht im Detail damit, welche langfristigen Auswirkungen die Maßnahmen zur Wiedererholung der Wirtschaft haben. Es muss sich erst noch in der Praxis herausstellen, wie diese sich auswirken.

Der Finger in der Wunde

Die Pandemie hat die hässlichen Folgen der bestehenden sozioökonomischen und umweltbedingten Ungleichheiten und die dreifache ökologische Krise – bestehend aus Klimakollaps, Verlust der biologischen Vielfalt und Verschmutzung – schonungslos offengelegt. Uns wurde vor Augen geführt, dass alle Staaten in sämtlichen Regionen der Welt von den Problemen betroffen sind.

COVID-19 gefährdet die Fortschritte, die wir in den letzten zwei Jahrzehnten bei der Bekämpfung der Armut und in der sozioökonomischen Entwicklung erreicht haben. Sie trübt die Aussicht auf eine Erfüllung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – insbesondere, was ihr Versprechen angeht, dass kein Mensch auf der Strecke bleibt.²

¹ Ministerial declaration of the high-level segment of the 2020 session of the Economic and Social Council on the annual theme “Accelerated action and transformative pathways: realizing the decade of action and delivery for sustainable development”. Überarbeiteter Entwurf, 16. Juni 2020. https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/26339HLPF_MD_Revised.pdf

² Ladd, P and Bortolotti, E.: UNRISD COVID-19 Response. Protecting and Supporting Vulnerable Groups Through the COVID-19 Crisis (2020). URL: [http://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/\(httpPublications\)/0AC8BC84CFBB2D488025859F001EB3C3?OpenDocument](http://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/(httpPublications)/0AC8BC84CFBB2D488025859F001EB3C3?OpenDocument)

Die Zahl der Arbeitslosen steigt weltweit rapide an. Während sich die Möglichkeiten zur Unterstützung der Existenzsicherung erschöpfen – sofern sie überhaupt vorhanden sind – nimmt die Arbeitslosigkeit weiter zu. Die Prognosen der UN zum Index der menschlichen Entwicklung, mit dem der Bildungs- und Gesundheitsstatus sowie der Lebensstandard eines Landes gemessen werden, machen wenig Hoffnung: Infolge der COVID-19-Krise soll der Index zum ersten Mal seit Beginn der Messungen im Jahr 1990 sinken.³ Laut neuester Schätzungen liegt der Anteil an Menschen, die von extremer Armut betroffen sind, im Jahr 2020 bei 8,4 bis 8,8 %. Das entspricht in etwa 40 bis 60 Millionen Menschen, die hauptsächlich durch Verlust des Arbeitsplatzes in extreme Armut geraten. Damit nimmt die weltweite Armut seit über 20 Jahren zum ersten Mal wieder zu. Das Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung (UNRISD) hat vor Kurzem eine weltweite Untersuchung zu den Auswirkungen von COVID-19 herausgegeben. Dabei wurden Angaben aus 82 Ländern verarbeitet. Der Bericht unterstützt die These, dass viele Menschen infolge des Lockdowns vor der schicksalhaften Entscheidung standen, sich zwischen Menschenleben und Lebensunterhalt zu entscheiden.⁴

Das Virus beeinträchtigt das Leben aller Menschen über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg und hat die Wirtschaft im Herzen getroffen. Es hat das bestehende Ungleichgewicht in Bezug auf die Aufstiegschancen, das Einkommen sowie die gesundheitliche und soziale Versorgung weltweit verstärkt. Die ärmeren Schichten unserer Gesellschaft müssen mit zahlreichen Entbehrungen und Benachteiligungen leben. Sie haben nicht den gleichen Zugang zu hochwertiger gesundheitlicher Versorgung und anderen grundlegenden Diensten und sind stärker von Krankheiten betroffen. Diese sozialen Gruppen leben häufiger in schlechten und beengten Wohnverhältnissen. Sie haben häufiger mit prekären Arbeitsbedingungen, Luftverschmutzung, mangelhaften sanitären Anlagen und unzureichender Versorgung mit Trinkwasser zu kämpfen. Außerdem haben sie einen schlechteren Zugang zu hochwertiger Bildung. Besonders stark davon betroffen sind Wanderarbeiter sowie Menschen, die ihren Lebensunterhalt im informellen Sektor verdienen. Vielerorts wurden Minderheiten oder Wanderarbeiter auch zu Sündenböcken abgestempelt und wurden Opfer von Hetze und Bedrohungen. Hinzu kommt, dass Millionen von Frauen benachteiligt werden und ein höheres Infektionsrisiko haben: Als Angehörige „systemrelevanter Berufe“ werden

sie in Läden, im Reinigungsgewerbe, in Pflegediensten und in Krankenhäusern an die vorderste Front geschickt – oft gegen inadäquate Mindestlöhne. Gleichzeitig sind es Frauen, die aufgrund der COVID-19-bedingten Rezession am schnellsten ihre Arbeitsplätze verlieren.

Die COVID-19-Krise ist eine direkte Folge menschlicher Eingriffe und Entscheidungen. Die Mehrheit der Infektionskrankheiten, die uns Menschen treffen, ist tierischen Ursprungs. Die Verstädterung und das Vordringen in natürliche Lebensräume führen dazu, dass mehr Menschen in direkten Kontakt – und nicht selten auch in Konflikt – mit Tieren geraten. Die ständig zunehmende globale Mobilität erleichtert die Ausbreitung von Infektionskrankheiten zusätzlich. Sie steht im Zusammenhang mit einem Wirtschaftssystem, das auf Wachstum und Expansion um jeden Preis ausgerichtet ist – bei gleichzeitiger Beschneidung der sozialen Absicherung und gesundheitlichen Versorgung.

„Die ungebremste Abholzung, die unkontrollierte Expansion der Landwirtschaft, der intensive Ackerbau, der Bergbau und die Entwicklung der Infrastruktur sind in Verbindung mit der Ausbeutung wildlebender Tierarten der perfekte Cocktail für die Übertragung von Krankheiten von Wildtieren auf Menschen. Der Effekt tritt oft in Gegenden auf, in denen Gemeinschaften leben, die Infektionskrankheiten schutzlos ausgeliefert sind. Mit unserem Eingreifen haben wir auf über drei Viertel der Oberfläche der Erde deutliche Spuren hinterlassen. Dabei haben wir über 85 % an Feuchtbiotopen zerstört. Mehr als ein Drittel der gesamten Landfläche und fast 75 % des verfügbaren Süßwassers haben wir für den Anbau von Feldfrüchten und die Fleischproduktion reserviert.“⁵

Das Virus ist unser Weckruf. Wir müssen uns noch tatkräftiger für Nachhaltigkeit und einen anderen, besseren Wiederaufbau der Wirtschaft („Build Back Better“) einsetzen. Es ist jetzt wichtiger denn je, dass wir in das Wohlergehen aller Menschen investieren – in all ihrer Vielfalt und über alle Generationen hinweg. Dieser Schritt ist für uns überlebensnotwendig. Wir müssen unser sozioökonomisches System so transformieren, dass es das Wohl des Menschen und der Natur in den Mittelpunkt rückt. Außerdem müssen wir echte globale Partnerschaften eingehen, um die nachhaltige Entwicklung zu unterstützen.

Es ist wichtig, dass wir uns auf politische Strategien und Programme konzentrieren, die das gegenseitige Vertrauen

³ UNDP: COVID-19 and Human Development: Assessing the Crisis, Envisioning the Recovery (2020).

⁴ URL: [http://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/\(httpPublications\)/0AC8BC84CFBB2D488025859F001EB3C3?OpenDocument](http://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/(httpPublications)/0AC8BC84CFBB2D488025859F001EB3C3?OpenDocument)

⁵ Josef Settele, Sandra Díaz, Eduardo Brondizio, Peter Daszak: COVID-19 Stimulus Measures Must Save Lives, Protect Livelihoods, and Safeguard Nature to Reduce the Risk of Future Pandemics. IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) (27. April 2020). <https://ipbes.net/COVID19stimulus>

zwischen den Bürgern und der Regierung fördern. Das heißt, dass wir universelle Systeme brauchen, die dem Menschen sein Recht auf eine grundlegende Versorgung gewähren. Dazu zählt der Zugang zur gesundheitlichen Versorgung und zur sozialen Absicherung über alle Ländergrenzen hinweg, genauso wie das Leben in einer gesunden Umwelt mit sauberer Luft, und zwar für Menschen aller Altersklassen. Die Herausforderung besteht darin, die kurzfristig in vielen Ländern ergriffenen Maßnahmen in eine Auswahl nachhaltiger politischer Strategien zu überführen, um damit die durch die Pandemie aufgedeckten Schwachstellen zu beheben. Das betrifft insbesondere Nachteile, die sich durch die Geschlechtszugehörigkeit, das Alter, Behinderungen, die ethnische Abstammung, den sozioökonomischen Status, die Diversität und den Wohnort ergeben.

Bereit für Veränderungen

Die Auswirkungen und die Verbreitung des Virus haben dazu geführt, dass sich die Menschen besonders kritisch mit ihren Arbeits- und Reisegewohnheiten auseinandersetzen. Dadurch haben sich neue Möglichkeiten für die digitale Gleichberechtigung ergeben. Wir haben gemerkt, dass wir uns besser um die Natur kümmern und ihr mehr Aufmerksamkeit schenken müssen. Außerdem ist uns bewusst geworden, wie sehr wir von tierischen Produkten abhängig sind. In diesem Zusammenhang stellen wir auch vermehrt unsere Abhängigkeit von Lebensmitteln infrage, die uns über komplexe Lieferketten erreichen – zulasten der Umwelt und unter fragwürdigen Arbeitsbedingungen. Immer mehr deutet darauf hin, dass sich die Pandemie und ihre Auswirkungen gravierend auf die Zukunftsplanung der Menschen auswirken – und das zuvor als „radikal“ eingestufte politische Ansätze breiteren Zuspruch finden. Der Kampf gegen Ungleichheiten und den Klimawandel wird inzwischen als Menschheitsaufgabe von höchster Priorität angesehen. Auch eine gerechtere Verteilung des Wohlstands, ein faires Grundeinkommen und höhere Vermögensteuern, weniger Macht für große Konzerne, mehr Rechte für Arbeitnehmer, die Entprivatisierung von Firmen in strategisch wichtigen Sektoren und die Beendigung rigider Sparkurse sind zentrale Themen. Untersuchungen in verschiedenen Ländern haben gezeigt: Viele Regierungen wollen mutigere Wege beschreiten, indem sie sich für ein Grundeinkommen einsetzen, Zahlungsaufschübe für Schulden und Mieten gewähren, Rettungsschirme für große Firmen an Bedingungen knüpfen, Vermögen stärker

besteuern und Solidaritätssteuern einführen.⁶ Weltweit wollen die Menschen, dass sich endlich etwas bewegt.

Wie COVID-19 die Umsetzung der SDGs in der EU untergräbt

COVID-19 beeinträchtigt das Leben der Menschen auf gleich dreierlei Art und Weise. Zunächst sind da die direkten Auswirkungen der Krankheit selbst: Infizierte, Tote und eine Übersterblichkeit. Zweitens beeinflusst das Virus unmittelbar unser Wohlbefinden, unsere Gesundheit, unsere sozioökonomischen und umweltbezogenen Rechte sowie Bürgerrechte durch Maßnahmen wie vor allem Lockdowns, mit denen Regierungen versuchen, die Ausbreitung der Krankheit zu bremsen und aufzuhalten. Der dritte Bereich umfasst die langfristigeren ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Virus selbst, der Lockdowns sowie der Maßnahmen, die für die Rückkehr zur Normalität notwendig sind. Wie sich diese Maßnahmen konkret auswirken, wird erst die Praxis zeigen.

Wie die Infografik am Ende dieses Kapitels veranschaulicht, beeinflusst COVID-19 in vielerlei Hinsicht und durch komplexe Wechselwirkungen sämtliche SDGs. Viele dieser Effekte sind noch nicht untersucht. Ein Teil der Auswirkungen wird sich erst auf längere Sicht herauskristalisieren. In dieser Untersuchung konzentrieren wir uns auf die EU-internen Konsequenzen für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen – und darauf, welchen direkten Einfluss sie auf die bestehenden Ungleichheiten und andere zentrale Herausforderungen haben, die sich bei der Umsetzung der SDGs ergeben.

Was die Gesundheit und das Wohlbefinden angeht, so verpflichtet SDG 3 die Regierungen dazu, ihre Politik auf ein gesundes Leben und das Wohlbefinden der Bürger aller Altersstufen auszurichten. Die Pandemie stellt uns in dieser Hinsicht täglich vor neue Herausforderungen. Mitte August vermeldete das Johns Hopkins Coronavirus Resource Centre 20 Millionen Infektionen und fast 750.000 Todesfälle – wobei die Infektions- und Sterblichkeitsrate zwischen verschiedenen Ländern und Regionen erheblich variierte.⁷ Die Zahl der Infektionen steigt – vor allem in den Vereinigten Staaten, in Lateinamerika und Indien, sowie in ganz Afrika und Zentralasien, wo die tatsächlichen Zahlen wahrscheinlich höher als die Zahl der gemeldeten Fälle sind.

Schon seit Beginn der Pandemie ist klar: Bestimmte Bevölkerungsgruppen haben ein höheres Risiko, hospitalisiert zu

⁶ Leah Zamore und Ben Phillips: COVID-19 and Public Support for Radical Policies, NYU, International Castro for Cooperation (Juni 2020). URL: <https://cic.nyu.edu/sites/default/files/zamore-phillips-covid19-public-support-radical-policies-web-final.pdf>

⁷ Die aktuellsten Zahlen finden sich unter <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>

werden und im Krankenhaus oder in Pflegeeinrichtungen an COVID-19 zu sterben. Dazu zählen ältere Menschen,⁸ Patienten mit Vorerkrankungen (sogenannten Komorbiditäten) und Personen mit Behinderungen, die in speziellen Einrichtungen leben.⁹ In Europa und auf dem amerikanischen Doppelkontinent ist die Sterblichkeit bei den älteren Einwohnern weit höher als bei Menschen unter 60. Ab einem Alter von 80 Jahren liegt die Sterblichkeit sogar bei einem Fünffachen des weltweiten Durchschnitts.¹⁰ Frühzeitig durchgeführte Forschungen in Europa haben gezeigt: Die tödlichen Infektionen unter den Einwohnern in Pflegeeinrichtungen machten durchschnittlich 50 % aller mit COVID-19 zusammenhängenden Todesfälle aus.¹¹

Neben dem Alter spielt auch das Geschlecht eine Rolle: Männer haben ein höheres Risiko, an COVID-19 zu sterben. Das Robert-Koch-Institut hat ermittelt, dass die Sterblichkeit bei Männern seit Beginn der Pandemie deutlich zugenommen hat. Im Mai war der Wert bereits 50 % höher als bei den Frauen.¹² Andere Länder haben vergleichbare Tendenzen festgestellt. Bezogen auf SDG 3 heißt das: Es sind überproportional viele Männer betroffen. Die Ursachen dafür sind noch nicht vollständig erforscht. Schuld scheint eine Kombination an Risikofaktoren zu sein: Bei älteren Männern ist die Wahrscheinlichkeit bestimmter gesundheitlicher Probleme wie Diabetes, Fettleibigkeit und Krebs höher. Außerdem gibt es bei Männern und Frauen Unterschiede im Immunsystem.¹³ Da mehr ältere Männer als ältere Frauen sterben, gibt es eine steigende Anzahl an Witwen in dieser Altersklasse, die oft nicht abgesichert sind. Dies wirkt sich wiederum auf SDG 1, SDG 2 und SDG 10 aus.

In manchen Ländern haben sich die Lockdowns als sehr hilfreiche Maßnahme zur Eindämmung des Virus erwiesen. Aufgrund der Daten von elf europäischen Ländern wurde berechnet, dass dadurch etwa 3,1 Millionen Todesfälle verhindert werden konnten.¹⁴ Sobald der Lockdown aufgehoben wird, schnellen die Zahlen aber wieder nach oben.

Es werden gewaltige Ressourcen dafür aufgewendet, einen Impfstoff zu finden. Allerdings ist nicht klar, ob bzw. wann ein wirksamer Impfstoff verfügbar sein wird. Wenn wir die Pandemie bis dahin in Schach halten wollen, müssen wir Social Distancing betreiben, Masken tragen, Reisen und Versammlungen in geschlossenen Räumen einschränken und im Falle von Ansteckungen Infektionsketten nachverfolgen. In Ländern mit niedrigem Einkommensniveau sind diese Maßnahmen schwer umzusetzen. Dort stehen die Menschen vor der fatalen Wahl, ob sie hungern oder trotz des Risikos für sich und andere weiterhin arbeiten wollen. Diese Überlegungen sind aber auch in Ländern mit mittlerem und hohem Einkommen relevant. So sind die Maßnahmen eine echte Herausforderung für alle, die sich in einem unsicheren Angestelltenverhältnis befinden oder in informellen Siedlungen wohnen. Die Maßnahmen, die zum Schutz der Gesundheit ergriffen werden, beeinträchtigen auch alle anderen SDGs – vor allem SDG 1 (Keine Armut), SDG 2 (Kein Hunger), SDG 4 (Hochwertige Bildung), SDG 5 (Geschlechtergleichheit), SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit) und SDG 10 (Weniger Ungleichheiten).

Bei vielen Menschen ruft COVID-19 keine oder nur schwache Symptome hervor. Dazu kommt, dass die Testeinrichtungen in den meisten Ländern nicht alle Infizierten entdecken und einen hohen Anteil an falsch-negativen Resultaten ausgeben – selbst wenn ausreichend Testmöglichkeiten vorhanden sind.¹⁵ Ärmere Länder mit eingeschränkten Testkapazitäten können nur einen kleinen Prozentsatz der tatsächlichen Infektionen ermitteln. Das heißt, dass die gemeldeten Infektionsraten die Zahl der tatsächlichen Fälle deutlich unterschreiten.

Aus diesem Grund ist die Übersterblichkeit ein präziseres Kriterium für die Auswirkungen von COVID-19 als die Zahl der mit COVID-19 zusammenhängenden Todesfälle.¹⁶⁻¹⁷ Die Übersterblichkeit bezieht sich auf den zahlenmäßigen

8 Jérémie F. Cohen, Daniël A. Korevaar, Soraya Matczak, Joséphine Brice, Martin Chalumeau und Julie Toubiana: COVID-19-related mortality by age groups in Europe: A meta-analysis. MedRxiv (16. April 2020). URL: <https://www.medrxiv.org/content/10.1101/2020.04.11.20061721v1.full.pdf>

9 URL: <https://www.statista.com/statistics/1110906/comorbidities-in-COVID-19-deceased-patients-in-italy/>

10 World Health Organization: COVID-19 Strategy Update (14. April 2020). URL: <https://www.who.int/publications-detail/COVID-19-strategy-update---14-april-2020>

11 Comas-Herrera A, Zalakaín J, Litwin C, Hsu AT, Lane N und Fernández J-L: Mortality associated with COVID19 outbreaks in care homes: early international evidence. Artikel in LTCCOVID.org, International Long-Term Care Policy Network, CPEC-LSE (2020). URL: <https://lrcCOVID.org/wp-content/uploads/2020/05/Mortality-associated-with-COVID-3-May-final-5.pdf>

12 Brookings Institute: COVID-19 trends from Germany show different impacts by gender and age (1. Mai 2020). URL: <https://www.brookings.edu/blog/techtank/2020/05/01/COVID-19-trends-from-germany-show-different-impacts-by-gender-and-age/>

13 Milwaukee Journal Sentinel. More men dying from COVID-19 than women, but as with so much about this disease, the reasons are unclear (15. Juni 2020). URL: <https://eu.jsonline.com/story/news/2020/06/15/men-more-risk-dying-COVID-19-than-women-but-why/5343586002/>

14 Flaxman, S. et al.: Estimating the effects of non-pharmaceutical interventions on COVID-19 in Europe. Nature (2020). URL: https://www.nature.com/articles/s41586-020-2405-7_reference.pdf

15 Johns Hopkins Medicine: Beware of False Negatives in Diagnostic Testing of COVID-19 (26. Mai 2020).

URL: <https://www.hopkinsmedicine.org/news/newsroom/news-releases/COVID-19-story-tip-beware-of-false-negatives-in-diagnostic-testing-of-COVID-19>

16 EuroMOMO Bulletins. URL: <https://www.euromomo.eu/bulletins/2020-22/>

17 The Economist: Tracking COVID-19 excess deaths across countries (16. April 2020, aktualisierte Version: 13. Juni).

URL: <https://www.economist.com/graphic-detail/2020/07/15/tracking-covid-19-excess-deaths-across-countries>

Unterschied zwischen den Todesfällen in Zeiten von COVID-19 im Vergleich zu denselben Monaten des Vorjahres. Der Wert bezieht auch die Toten mit ein, die nicht behandelt werden konnten, weil die Krankenhäuser wegen COVID-19 überlastet waren. Vorbehalte gegenüber Krankenhäusern und die Angst vor Infektionen haben ebenfalls dazu beigetragen, dass sich weniger Menschen in Krankenhäusern behandeln lassen. Allein für den Zeitraum zwischen 16. März und 31. Mai gibt EuroMOMO für die Übersterblichkeit einen Schätzwert von etwa 170.000 Todesfällen innerhalb der 20 an der Erhebung beteiligten Länder an. Etwa 80 % dieser Fälle gehen auf das Konto von COVID-19. Ein weiterer Aspekt ist, dass einige EU-Länder stärker betroffen sind als andere. Das Vereinigte Königreich ist nicht mehr an den Notfall- und Konjunkturerholungsplänen der EU beteiligt. Die Region weist die höchste Anzahl an Infektionen und Todesfällen auf – gefolgt von Italien, Frankreich, Spanien und Belgien.¹⁸

Geschlechtergleichheit

SDG 5 beschäftigt sich mit der Gleichheit zwischen den Geschlechtern. Die Pandemie hat dieses Nachhaltigkeitsziel in unterschiedlicher Form beeinträchtigt. Im Pflege- und Betreuungssektor sind Frauen in vielen Ländern weltweit mit einem Anteil von 85 bis 90 % in der Überzahl. In der EU sind 76 % der 49 Millionen in der Pflege beschäftigten Personen Frauen.¹⁹ Sie stehen beim Kampf gegen COVID-19 in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen an vorderster Front. Carers UK hat im April 2020 über 5.000 informelle Pflegepersonen (wie z. B. pflegende Angehörige) befragt. Der Anteil der Frauen lag hier bei 81 %, wobei 54 % der Befragten 55 Jahre alt oder älter waren. Die Ergebnisse der Umfrage: 70 % der unbezahlten Pflegepersonen mussten während COVID-19 mehr arbeiten, während 35 % zu Protokoll gaben, dass örtliche Pflegedienste eingeschränkt oder ganz eingestellt wurden. 55 % der Pflegepersonen fühlten sich überfordert und befürchteten einen Burnout.²⁰ Darüber hinaus kommen Frauen auch als Reinigungskräfte, Köchinnen, Angestellte im Supermarkt und Verkäuferinnen jeden Tag in direkten Kontakt mit Menschen – wodurch ihr Risiko einer

Infektion mit dem Virus steigt. Im Gastgewerbe und Tourismus beträgt der Anteil der Frauen unter den Angestellten 60 %²¹ – in Tätigkeitsbereichen, die besonders von Arbeitsplatzverlust bedroht sind. Eurofound zufolge führen die von Regierungsseite getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus dazu, dass Frauen noch stärker in allen Bereichen benachteiligt werden: Von der Arbeitslosigkeit über die Hausarbeit bis hin zur finanziellen Sicherheit – es geht alles zulasten der Frauen.²²

Der Lockdown hat die Gräben zwischen den Geschlechtern noch vertieft. Aufgrund der geschlossenen Schulen werden Frauen noch stärker in die Rolle von Erzieherinnen, Pflegerinnen, Hausfrauen und manchmal auch in die Telearbeit hineingedrängt. Eine französische Feministin und Aktivistin meint dazu: „Mit dem Lockdown fällt die Gesellschaft wieder in alte Muster zurück. Als Mütter müssen wir jetzt das dreifache Pensum leisten. Bis jetzt hatten wir Frauen ohnehin schon die doppelte Belastung im Vergleich zu Männern: Wir mussten uns neben der Arbeit auch noch um Haushalt und Erziehung kümmern. Jetzt sind wir zusätzlich noch Hauslehrerinnen.“²³

Während des Lockdowns hat außerdem die häusliche Gewalt stark zugenommen – ein Phänomen, das die UN als verborgene Pandemie beschreibt: „Durch die soziale Isolation [...] sind Frauen, die unter häuslicher Gewalt leiden, noch mehr auf sich zurückgeworfen. Sie haben keinen Kontakt zu den Menschen und Ressourcen, die ihnen helfen könnten [...] Die Gesundheitssysteme haben die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht, und auch die Unterkünfte für Opfer häuslicher Gewalt sind ausgelastet. Dieses Defizit verstärkt sich noch, wenn die Zentren in Zukunft umfunktioniert werden, etwa zu Räumlichkeiten für die Reaktion auf COVID-19. Schon vor der Pandemie zählte die häusliche Gewalt zu den am weitesten verbreiteten Verstößen gegen die Menschenrechte. In den letzten 12 Monaten waren weltweit 243 Millionen Frauen und Mädchen im Alter von 15 bis 49 Jahren in einer Partnerschaft Opfer sexueller oder körperlicher Gewalt.“²⁴ In den Studien, in denen auch Frauen über 49 Jahre befragt wurden, wird

18 ECDC (20. Juni 2020) Europe: 187.231 Todesfälle. Die fünf Länder mit den meisten Todesfällen sind das Vereinigte Königreich (42.461), Italien (34.561), Frankreich (29.617), Spanien (28.315) und Belgien (9.695). URL: <https://www.ecdc.europa.eu/en/geographical-distribution-2019-ncov-cases>

19 EIGE: Frontline Workers (2020). URL: <https://eige.europa.eu/covid-19-and-gender-equality/frontline-workers>

20 Carers UK: Caring behind closed doors – Forgotten families in the Coronavirus outbreak (April 2020).

URL: https://www.carersuk.org/images/News_and_campaigns/Behind_Closed_Doors_2020/Caring_behind_closed_doors_April20_pages_web_final.pdf

21 Eurostat: Characteristics of jobs in tourism industries (2017).

URL: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Tourism_industries_-_employment#Characteristics_of_jobs_in_tourism_industries

22 Eurofound: COVID-19 fallout takes a higher toll on women, economically and domestically (3. Juni 2020).

URL: <https://www.eurofound.europa.eu/publications/blog/COVID-19-fallout-takes-a-higher-toll-on-women-economically-and-domestically>

23 The Guardian: We are losers in this crisis: research finds lockdowns reinforcing gender inequality (29. Mai 2020).

URL: <https://www.theguardian.com/global-development/2020/may/29/we-are-losers-in-this-crisis-research-finds-lockdowns-reinforcing-gender-inequality>

24 UN Women: Violence against women and girls: the shadow pandemic. Statement by Phumzile Mlambo-Ngcuka, Executive Director of UN Women (6. April 2020). <https://www.unwomen.org/en/news/stories/2020/4/statement-ed-phumzile-violence-against-women-during-pandemic>

ebenso von einem Anstieg häuslicher Gewalt berichtet. Die Misshandlung im eigenen Haushalt wird für Frauen über 60 zu einem immer größeren Problem.²⁵

Junge Menschen

Jüngeren Menschen macht die Krankheit an sich weniger stark zu schaffen. Allerdings sind sie vermutlich umso stärker vom Konjunkturrückgang betroffen, der mit COVID-19 einhergeht. Vor der Krise lag die Arbeitslosenquote unter den 15- bis 24-Jährigen in der EU-27 bereits bei 15 % – bei einem Durchschnitt von 6,7 % für die Gesamtbevölkerung.²⁶ Es ist davon auszugehen, dass die Zahlen stark ansteigen werden: Die Jugendarbeitslosigkeit lag im Juni 2020 bei 15,7 %. COVID-19 ist ein Einschnitt in die Bildung und Ausbildung junger Menschen. Besonders stark betroffen sind die jungen Leute, bei denen dieses Jahr Prüfungen anstanden. Die Krise hat einen überproportional großen Einfluss auf die Vita junger Menschen. Es besteht das Risiko, dass dieser Bruch im Lebenslauf sie während ihres gesamten Berufslebens verfolgt, also eine Art „Generation Lockdown“ heranwächst.²⁷ Junge Menschen sind auch häufiger im informellen Sektor beschäftigt. Das macht sie noch anfälliger für wirtschaftliche Krisen und Einbrüche, was auf eine enge Verknüpfung zwischen SDG 10 (Weniger Ungleichheiten) und SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit) hindeutet.²⁸

Ältere Menschen

Einige Presseberichte weisen darauf hin, dass ältere Menschen mit Behinderungen sich möglicherweise nicht in Pflege begeben, weil sie Angst vor einer Infektion haben. Dabei brauchen gerade diese Patienten normalerweise einen häuslichen Pflegedienst, der ihnen im privaten Umfeld und im Haushalt zur Hand geht. Viele dieser älteren Menschen haben Angst vor Infektionen oder keinen Zugang zu einem Pflegedienst, weil die Pflegekräfte krank oder selbst anfällig sind. Das hat zur Folge, dass in manchen Fällen innerhalb der EU ältere Menschen durchs soziale Netz fallen. Mit anderen Worten: Sie bekommen keine ausreichende Unterstützung

oder Behandlung, weil die Pflegekräfte Angst vor Infektionen haben. Außerdem sind ältere Menschen von Ausfällen in der routinemäßigen Gesundheitsversorgung und Engpässen bei der Lieferung von Arzneimitteln betroffen. Manche von ihnen leiden bereits an anderen Erkrankungen. Das erschwert die Situation vor allem für ältere Menschen, die alleine leben. Bei insgesamt 19,8 Millionen Menschen dieser Bevölkerungsgruppe handelt es sich um Frauen – der größte Anteil alleinlebender Frauen innerhalb einer Bevölkerungsgruppe überhaupt.²⁹

Menschen mit Behinderungen

Weltweit gibt es etwa 1 Milliarde Menschen mit Behinderungen. Ein Drittel aller Menschen über 60 fällt in diese Kategorie. Diese Gruppe hat bei einer Infektion mit dem Virus das höchste Sterberisiko.³⁰ Darüber hinaus besteht ein besonderes Infektionsrisiko für diesen Personenkreis. Außerdem sind die Betroffenen häufig mit schwer zu überwindenden Barrieren hinsichtlich des Zugangs zur medizinischen Versorgung und zur öffentlichen Gesundheitsfürsorge konfrontiert. Bei Personen mit Behinderungen, die in speziellen Einrichtungen leben, sind die Risiken ähnlich gelagert wie bei Bewohnern von Pflegeheimen. In Europa leben etwa 1 Million behinderte Menschen mehr oder weniger von der Gesellschaft segregiert in Wohnheimen für Behinderte. Die aktuelle Situation macht sie noch schutzbedürftiger: Sie haben ein höheres Risiko, sich mit COVID-19 zu infizieren. Gleichzeitig steigt die Gefahr, dass sie körperlich und psychisch Schaden nehmen – indem sie isoliert, vernachlässigt oder komplett alleingelassen werden.

Bewohner von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung sind folgenden Gefahren ausgesetzt:

- Fehlende persönliche Schutzausrüstung für die Bewohner und Mitarbeiter der Institutionen, was zu einem erhöhten Infektionsrisiko sowohl für die Bewohner als auch das Personal führt. Das Risiko steigt zusätzlich durch das Leben in Gemeinschaft, das für solche Einrichtungen typisch ist.

²⁵ Reliefweb: Neglect and abuse of older people around the world intensified by COVID-19 (15. Juni 2020).

URL: <https://reliefweb.int/report/world/neglect-and-abuse-older-people-around-world-intensified-covid-19>

²⁶ Eurostat: Angaben zu jungen Arbeitslosen: [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Youth_unemployment_rates_and_ratios_2019_persons_aged_15-24_\(%25\).png](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Youth_unemployment_rates_and_ratios_2019_persons_aged_15-24_(%25).png)

Angaben zur allgemeinen Bevölkerung: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tps00203/default/table?lang=de> (Bitte beachten: Es gibt große Abweichungen zwischen den unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten.)

²⁷ ILO Monitor: COVID-19 and the world of work. 4. Ausgabe.

URL: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@dgreports/@dcomm/documents/briefingnote/wcms_745963.pdf

²⁸ Ibid.: 32,9 % der 15-24-jährigen Angestellten arbeiten im informellen Sektor. Auf alle Angestellten gerechnet liegt der Anteil bei 12 % (ILO Europa und Zentralasien)

²⁹ Europäisches Parlament: Elderly women living alone: an update of their living conditions (2015).

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/519219/IPOL_STU\(2015\)519219_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/519219/IPOL_STU(2015)519219_DE.pdf)

³⁰ Kuper H, Banks LM, Bright T et al.: Disability-inclusive COVID-19 response: What it is, why it is important and what we can learn from the United Kingdom's response [Version 1, Peer-Review 2 bestätigt]. Wellcome Open Res: 5:79 (2020). URL: <https://doi.org/10.12688/wellcomeopenres.15833.1>

- Schlechtere Versorgung und fehlende Beaufsichtigung der Bewohner aufgrund von Personalmangel. Unter Umständen fallen Mitarbeiter aus, die sich infiziert haben, in Quarantäne befinden oder vor einer Infektion fürchten und deshalb nicht zur Arbeit kommen.
- Zwangsweise Verabreichung von Arzneimittel oder Ruhigstellung unter dem Deckmantel des Infektionsschutzes.
- Auferlegung von Ausgangssperren, wodurch Kontakte zur Außenwelt wie zu Familienmitgliedern, Freunden und anderen Menschen wegfallen.

Wer mit einer Behinderung lebt und sich einer COVID-19-Therapie unterzieht, ist möglicherweise auch von Vorurteilen seitens des medizinischen Personals betroffen: Es kann passieren, dass die Lebensqualität und der soziale Wert der Betroffenen als geringer eingestuft werden. Solche Vorurteile können sich unter Umständen in Richtlinien zur Triage von Patienten widerspiegeln: Wenn die Ressourcen knapp werden, kann es sein, dass bei der Versorgung Ausschlusskriterien zu bestimmten körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen oder Erkrankungen greifen. Beunruhigende Narrative machen die Runde, denen zufolge Menschen mit Behinderung dem Kampf gegen COVID-19 nicht gewachsen seien oder es nicht wert seien, gerettet zu werden. Andere behaupten, die Betroffenen seien ein „notwendiges Opfer“, das man auf dem Weg zurück in die Normalität erbringen müsse. Es gab bereits Fälle, in denen Menschen mit Behinderung und deren Familien durch das Gesundheitssystem dahin gehend unter Druck gesetzt wurden, dass sie auf Wiederbelebungsmaßnahmen verzichten sollten.³¹ Außerdem hatten behinderte Mitbürger auf europäischer und nationaler Ebene kaum Zugang zu Informationen der Gesundheitsfürsorge. Die Informationen zur öffentlichen Gesundheit wurden nicht mit Untertiteln, in Zeichensprache und einfacher Sprache herausgebracht. Damit wurde das Leben vieler Menschen mit Behinderung aufs Spiel gesetzt. Es ist offensichtlich, dass diese Pandemie nicht nur die öffentliche Gesundheit stark bedroht. Die Krise betrifft auch die Wirtschaft, das Sozialleben und die Menschenrechte. Sie gefährdet unsere Entwicklung hin zu einer inklusiven und nachhaltigen Gesellschaft und die Ziele der Agenda 2030 zur nachhaltigen Entwicklung.

Flüchtlinge

Viele Organisationen haben bereits darauf hingewiesen, dass Flüchtlinge und Vertriebene sich besonders schwer vor einer Ansteckung mit COVID-19 schützen können. Damit bedroht die Krise das Erreichen des Ziels 10.7: eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern. Menschen, die in bereits überfüllten und ungeeigneten Auffanglagern und Empfangszentren leben, hatten nicht die Option, sich selbst zu isolieren und oft auch keine Möglichkeit, sich die Hände zu waschen. Asylsuchende Frauen und Mädchen hatten außerdem nur eingeschränkten Zugang zu spezialisierter medizinischer Versorgung. Dies betrifft auch die Möglichkeit, sich um ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit zu kümmern und die damit verbundenen Rechte wahrzunehmen. In Flüchtlingslagern sowohl inner- als auch außerhalb der EU ist es praktisch unmöglich, Social Distancing zu betreiben und die Hygienemaßnahmen zu befolgen. In einem Flüchtlingszentrum in Baden-Württemberg gab es im April 259 COVID-19-Fälle. Der örtliche Flüchtlingsrat betrachtete den Anstieg der Infektionszahlen als Beleg dafür, dass das hohe Infektionsrisiko weiterhin eine ernsthafte Gefahr darstelle, wenn Menschen in solchen Lagern zusammenleben und mit vielen anderen Menschen gemeinsam Duschen, Toiletten und Kantinen benutzen.³² Beschäftigungen im informellen Sektor, die viele Flüchtlinge zum Überleben brauchen, sind ebenfalls durch die Pandemie bedroht. Berichten zufolge herrscht unter syrischen Flüchtlingen, die sich im Libanon im Lockdown befinden, die akute Befürchtung, dass bald Hunger herrschen könnte und es keinen Zugang mehr zu medizinischer Versorgung gibt. Die Menschen können nicht mehr arbeiten und sich daher auch keine Lebensmittel mehr leisten.³³ In dringenden medizinischen Fällen ist es schwierig, Aufnahme in einer Klinik zu finden.³⁴ In den griechischen Flüchtlingslagern wie in Moria auf Lesbos und in Vial auf Chios waren bislang keine COVID-19-bedingten Todesfälle zu verzeichnen. Nichtsdestotrotz dauerte der Lockdown in den Flüchtlingslagern länger als im Rest des Landes, bis zum 2. August – was sich stark auf das Wohlbefinden der Bewohner niedergeschlagen hat. Nachdem der erste COVID-19-Fall Anfang September in Moria entdeckt wurde, wurde eine zweiwöchige Ausgangssperre verhängt. Das Camp wurde komplett abgeriegelt und war nur dem Sicherheitspersonal

31 UN OHCHR: COVID-19 and the rights of persons with disabilities (2020).

URL: https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Disability/COVID-19_and_The_Rights_of_Persons_with_Disabilities.pdf

32 InfoMigrants: Hundreds of corona cases between two migrant facilities in Germany (17. April 2020).

URL: <https://www.infomigrants.net/en/post/24158/hundreds-of-corona-cases-between-two-migrant-facilities-in-germany>

33 France24: Syrian refugees in Lebanon: After corona, there's no food anymore (20. Juni 2020).

URL: <https://www.france24.com/en/20200620-syrian-refugees-in-lebanon-after-corona-there-s-no-food-anymore>

34 The New Humanitarian: How COVID-19 is limiting healthcare access for refugees in Lebanon (21. April 2020).

URL: <https://www.thenewhumanitarian.org/feature/2020/04/21/Lebanon-coronavirus-refugee-healthcare>

zugänglich.³⁵ Die Flüchtlinge in Griechenland fühlen sich durch die strengen Lockdown-Maßnahmen diskriminiert, da Griechenland seine Tore für Touristen schon längst wieder geöffnet hatte.³⁶

Ethnische Minderheiten und Migranten

Ethnische Minderheiten und Migranten sind in ganz Europa stärker von Armut, beengten Wohnverhältnissen und unsicheren Beschäftigungssituationen bedroht – beispielsweise als Fahrer von Lieferdiensten, in Fabriken und Warenlagern. In diesen Umgebungen ist es schwer, Abstand zu halten – was das Risiko für eine COVID-19-Infektion erhöht. Bei den betroffenen Gruppen ist auch die Wahrscheinlichkeit größer, dass gesundheitliche Probleme vorliegen, die ihr Sterberisiko im Falle einer Infektion mit COVID-19 erhöhen.

Das britische Wirtschaftsforschungsinstitut Institute for Fiscal Studies stellte beispielsweise fest, dass die Sterberate bei Menschen schwarzafrikanischer Herkunft 3,5-mal über der Sterberate weißer britischer Bürger liegt. Bei den schwarzen Einwohnern aus der Karibik und denen pakistanischer Abstammung lagen die Sterberaten 1,7- bzw. 2,7-mal höher.³⁷ Dieses Missverhältnis ist noch Gegenstand wissenschaftlicher Forschungen, die dabei auch die sozioökonomischen Ungleichheiten mitberücksichtigen müssen, von denen diese Bevölkerungsgruppen betroffen sind. In Großbritannien haben in den Bevölkerungsgruppen afrikanischer, karibischer und südasiatischer Herkunft mehr Menschen direkten Kontakt mit Kunden. Die Betroffenen leben häufiger in überfüllten Unterkünften, haben öfter eine ungesunde Ernährung³⁸ und leiden häufiger unter Diabetes und Bluthochdruck.³⁹ Medizinisches Personal schwarzer Hautfarbe und Mitarbeiter im Medizinsektor, die Angehörige

ethnischer Minderheiten sind, berichten auch, dass sie schwerer an persönliche Schutzausrüstung herankommen als ihre weißen Kollegen.⁴⁰

In der Metropole Paris leben im Departement Seine-Saint-Denis viele Emigranten nicht-europäischer Herkunft. Sie machen 23 % der dortigen Bevölkerung aus.⁴¹ Diese Bevölkerungsgruppe lebt in einer der in sozialer Hinsicht ungünstigsten Umgebungen in ganz Frankreich. Die Übersterblichkeit in Seine-Saint-Denis erreicht dramatische Werte von insgesamt fast 130 %.⁴² Die Übersterblichkeit im restlichen Land liegt indes bei 26 %.⁴³ Bei Menschen in der Altersklasse von 65 Jahren und älter beträgt die Übersterblichkeit 44,6 %.⁴⁴ Unsichere Beschäftigungsverhältnisse, unzureichende medizinische Einrichtungen, Vorerkrankungen und überfüllte Lebensräume sind die wichtigsten Merkmale sozialer und gesundheitlicher Benachteiligung. Das Risiko steigt zusätzlich durch das Pendeln zur Arbeit und zurück nach Hause: Knapp über die Hälfte der Einwohner müssen ihr Departement verlassen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen – doppelt so viele wie im Durchschnitt in der gesamten Metropolregion Paris.

Die Bedingungen, unter denen viele Roma innerhalb der EU leben, machen es ihnen schwer, wichtige Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 umzusetzen. Dazu zählen das Einhalten von Abständen, die Selbstisolation im Krankheitsfall und regelmäßiges Händewaschen. In dieser Bevölkerungsgruppe leben 30 % in Haushalten ohne Leitungswasser, und in manchen Ländern bis zu 80 % in überfüllten Wohnräumen.⁴⁵ SDG 6 verspricht allen Menschen Zugang zu Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen. Wird dieses Ziel verfehlt, bedeutet das für Roma-Familien in Zeiten der Pandemie ein enormes Risiko. Anderen Quellen ist zu entnehmen, dass in den Roma-Gemeinden Bulgariens und der Slowakei

35 Al-Jazeera: Moria refugee camp under quarantine after Coronavirus case (2. September 2020).

URL: <https://www.aljazeera.com/news/2020/09/moria-refugee-camp-quarantine-coronavirus-case-200902120237795.html>

36 The Guardian: Greece ready to welcome tourists as refugees stay locked down in Lesbos (27. Mai 2020). URL: <https://www.theguardian.com/global-development/2020/may/27/greece-ready-to-welcome-tourists-as-refugees-stay-locked-down-in-lesbos-coronavirus>

37 Tony Kirby: Evidence mounts on the disproportionate effect of COVID-19 on ethnic minorities. The Lancet (8. Mai 2020).

URL: [https://www.thelancet.com/journals/lanres/article/PIIS2213-2600\(20\)30228-9/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lanres/article/PIIS2213-2600(20)30228-9/fulltext)

38 Full Fact: What do we know about COVID-19 inequalities among people from minority ethnic groups? (30. Juni 2020).

<https://fullfact.org/health/Covid-19-inequalities-minority-ethnicities/>

39 British Heart Foundation. URL: <https://www.bhf.org.uk/informationsupport/risk-factors/ethnicity>

40 British Medical Association (BMA): Fighting the odds – BAME doctors at greater risk from COVID-19 (2020).

<https://www.bma.org.uk/news-and-opinion/fighting-the-odds-bame-doctors-at-greater-risk-from-COVID-19>

41 Institut national de la statistique et des études économiques (2020): Étrangers - Immigrés en Département de la Seine-Saint-Denis (93).

URL: <https://insee.fr/fr/statistiques/3569308?sommaire=3569330&geo=DEP-93>

In Frankreich ist es verboten, Daten zur ethnischen Abstammung einzuholen. Die Zahlen zu den Einwanderern sind daher eine Annäherung und eher zu niedrig angesetzt. Sie berücksichtigen nicht die Angehörigen ethnischer Minderheiten, die französische Staatsbürger sind und nicht zu den Einwanderern gerechnet werden.

42 Le Monde: Coronavirus : une surmortalité très élevée en Seine-Saint-Denis (17. Mai 2020).

URL: https://www.lemonde.fr/societe/article/2020/05/17/coronavirus-une-surmortalite-tres-elevee-en-seine-saint-denis_6039910_3224.html

43 France24: Hausse de la mortalité en France pendant la crise du COVID-19 (29. Mai 2020).

URL: <https://www.france24.com/fr/20200529-hausse-de-la-mortalite-C3%A9-en-france-pendant-la-crise-du-COVID-19>

44 Le Monde: Coronavirus : une surmortalité très élevée en Seine-Saint-Denis (17. Mai 2020).

45 FRA: Persistent Roma inequality increases COVID-19 risk, human rights heads say (7. April 2020).

URL: <https://fra.europa.eu/en/news/2020/persistent-roma-inequality-increases-COVID-19-risk-human-rights-heads-say>

mehr Soldaten, Polizisten und Drohnen zu finden sind als Krankenpfleger, Ärzte und medizinische Verbrauchsgüter. Außerdem wird berichtet, dass durch die Maßnahmen zum Distanzunterricht mehr als die Hälfte aller Roma-Kinder von der schulischen Bildung ausgeschlossen werden – was wahrscheinlich zu einem Anstieg der bereits hohen Abbruchraten unter Roma-Schülern führen wird.⁴⁶ Die Roma-Gemeinden in der ganzen EU sind Ziel von Hetze und Bedrohungen und werden als Sündenböcke abgestempelt, mit der Behauptung, dass sie an der Verbreitung des Virus schuld seien. Hinsichtlich der sozioökonomischen Auswirkungen hat eine Umfrage unter 11.000 Roma in Spanien gezeigt, dass die Schließung von Straßenmärkten und die fehlende Möglichkeit, Altmetall zu sammeln, Obst zu verkaufen und anderen Beschäftigungen im informellen Sektor nachzugehen, viele Familien in eine akute Krise gestürzt haben. Ein Drittel der Roma, die einer bezahlten Beschäftigung nachgingen, haben ihren Arbeitsplatz verloren. Ein weiteres Drittel wurde vorübergehend entlassen und bei 12 % wurde die Arbeitszeit reduziert.⁴⁷

Informell Beschäftigte, Freiberufler und Künstler

In ganz Europa und auch in anderen Regionen der Welt bieten die Regierungen Rettungsschirme für Unternehmen und Unterstützung für zwangsbeurlaubte bzw. in Kurzarbeit befindliche Angestellte an. Wie die Unterstützung genau aussieht und wie eng das Sicherheitsnetz ist, variiert innerhalb Europas von einem Land zum anderen.⁴⁸ Trotzdem steht fest: Etablierte Unternehmen und Arbeitnehmer mit förmlichen Verträgen haben am meisten von solchen Maßnahmen profitiert. Es gibt gewaltige Unterschiede zwischen ärmeren Beschäftigten im informellen Sektor ohne finanzielle Unterstützung und Arbeitnehmern der Mittelklasse, die von Zuhause aus per Laptop arbeiten können. Selbstständige, Unternehmer und Mitarbeiter in Kleinunternehmen, informell Beschäftigte und Menschen mit unregelmäßigen

Einkommen sind schlechter durch die Krise gekommen. Sie wurden häufiger von den Hilfsmaßnahmen ausgeklammert. 30 Millionen Menschen in der EU verdienen ihren Lebensunterhalt im informellen Sektor⁴⁹ und sind daher durch sämtliche Raster der meisten Systeme zur Einkommenssicherung gefallen.⁵⁰ Viele von ihnen standen vor der Wahl, zu hungern oder während des Lockdowns weiterzuarbeiten – und dabei sich und andere zu gefährden.

In ganz Europa bleiben Theater, Bars und Konzerthallen geschlossen, was im Kulturbereich Beschäftigten und Künstlern das Leben erschwert. Wie auch im informellen Sektor fallen viele Freiberufler durch das Raster der staatlichen Unterstützung. Viele Veranstalter, die den Künstlern eine Bühne bieten, kämpfen ebenfalls ums Überleben. Die Kunst ist fest im Wesen Europas verankert und stellt zugleich einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar: 8,7 Millionen Menschen sind im Kultursektor beschäftigt.⁵¹ Über eine Million Kulturbetriebe tragen stärker zur Wirtschaft der EU bei als die gesamte Automobilbranche.⁵²

Ausbeutung von Arbeitskräften in globalen Lieferketten

Die COVID-19-Krise hat gezeigt, wie anfällig Firmen und Arbeitnehmer weltweit sind, wenn sie vom Konsumsektor Europas und Nordamerikas abhängig sind. Bekleidungsketten haben als Reaktion auf die Lockdowns von einem Tag auf den anderen ihre Bestellungen aus Bangladesch und anderen Ländern annulliert – teils mitten im Produktionsablauf. Damit stand das Überleben der Unternehmen und der Lebensunterhalt der Mitarbeiter auf dem Spiel. Die Textilindustrie ist das wirtschaftliche Rückgrat Bangladeschs, wo in 4.500 Fabriken über 4 Millionen Menschen arbeiten. Die Firmen exportieren Waren im Wert von 34 Milliarden US-Dollar pro Jahr und halten damit einen Anteil von 83 % an den Exporteinnahmen des Landes. Die Branche musste bereits einen Bestellrückgang von 3,5 Milliarden USD

46 Reliefweb: Roma in the COVID-19 crisis: An early warning from six EU Member States (29. April 2020).

URL: <https://reliefweb.int/report/italy/roma-COVID-19-crisis-early-warning-six-eu-member-states>

47 EU Observer: COVID-19's impact on Spanish Roma (22. Juni 2020). URL: <https://euobserver.com/coronavirus/148675>

48 OECD: Supporting livelihoods during the COVID-19 crisis: closing the gaps in safety nets (20. Mai 2020).

URL: <http://www.oecd.org/coronavirus/policy-responses/supporting-livelihoods-during-the-COVID-19-crisis-closing-the-gaps-in-safety-nets-17cbb92d/>

49 ILO (November 2019): Berechnung der Gesamtzahl an Arbeitern im informellen Sektor auf Basis der gesamten berufstätigen Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr im Jahr 2020. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer52/?lang=en&segment=indicator&id=EMP_2EMP_SEX_AGE_NB_A

ILO-Schätzungen von Arbeitern im informellen Sektor in ILO: Women and Men in the Informal Sector A Statistical Picture.

URL: https://ilo.userservices.exlibrisgroup.com/discovery/delivery/41ILO_INST:41ILO_V2/1252879760002676

50 Ibid.:

51 Eurostat: Culture Statistics – Cultural employment (2018): 3,8 % der Menschen arbeiten im Kulturbereich.

URL: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Culture_statistics_-_cultural_employment

52 European Parliament: EU support for artists and the cultural and creative sector during the coronavirus crisis (2020): Im Jahr 2016 leistete die Kultur einen Beitrag zur Wirtschaft in Höhe von über 2,7 % der Wertschöpfung (192 Milliarden €) des nicht mit dem Finanzsektor verknüpften Geschäfts. Der Kulturbetrieb liegt damit sogar noch leicht über der Automobilindustrie. Diese Zahlen beziehen sich auf die EU-28.

URL: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIEF/2020/649414/EPRS_BRI\(2020\)649414_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIEF/2020/649414/EPRS_BRI(2020)649414_EN.pdf)

Im Jahr 2017 (EU-27) haben 1,1 Millionen Kulturbetriebe eine Wertschöpfung von 145 Milliarden € erzielt.

URL: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Culture_statistics_-_cultural_enterprises&oldid=449346

hinnehmen.⁵³ Die bangladeschische Regierung hat darauf mit einem 8 Milliarden USD schweren Konjunkturpaket reagiert, um den Textilsektor zu unterstützen. Die Hilfgelder sind dazu bestimmt, die Arbeitnehmer weiter zu bezahlen.⁵⁴ Allerdings soll diese Subventionsmaßnahme nur über einige Wochen aufrechterhalten werden. Ende März – noch vor Ankündigung des Pakets – sollen über eine Million Mitarbeiter der Textilbranche Bangladeschs entlassen oder beurlaubt worden sein.⁵⁵ Die staatliche Unterstützung berücksichtigt auch nicht die Millionen Menschen, die in Bangladesch im informellen Sektor arbeiten. Die Reaktion großer europäischer und nordamerikanischer Bekleidungsketten auf COVID-19 hat gezeigt, wie anfällig die Wirtschaft Bangladeschs ist. Die Situation unterstreicht, wie wichtig es ist, SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit), SDG 12 (Nachhaltige/r Konsum und Produktion) und SDG 17 (Globale Partnerschaften) umzusetzen.

Zurück zum Business as usual – oder ein nachhaltiger Wiederaufbau der Wirtschaft?

Im April 2020 haben die Vereinten Nationen eine umfassende Roadmap dazu herausgegeben, wie die Welt mit COVID-19 umgehen sollte. Darin sind die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen sowie fünf Tätigkeitsbereiche aufgelistet, die bei der Rückkehr zur Normalität Priorität haben sollen. Der Bericht unterstreicht, wie wichtig eine grundlegende Gesundheitsversorgung, soziale Absicherung, Basisleistungen und der Schutz von Arbeitsplätzen im formellen und informellen Sektor sind. Zu weiteren Prioritäten zählen steuerliche Vergünstigungen für vulnerable Gruppen, der Multilateralismus sowie Investitionen in von lokalen Gemeinschaften initiierte Maßnahmen – all das in Verbindung mit einer umweltverträglichen Entwicklung und unter Berücksichtigung der Geschlechtergleichheit als Grundprämisse für einen besseren Wiederaufbau der Wirtschaft („Build Back Better“).⁵⁶

Die EU konzentrierte sich bei ihren kurzfristigen Maßnahmen darauf, die Ausbreitung des Virus einzuschränken, medizinische Ausrüstung bereitzustellen, die Forschung nach Behandlungsmöglichkeiten und Impfstoffen zu unterstützen,

Arbeitsplätze zu erhalten, Unternehmen unter die Arme zu greifen und die Wirtschaft zu unterstützen. Der Wiederaufbauplan der EU namens Next Generation EU (NGEU) wurde Ende Mai verabschiedet. Er zielte darauf ab, alle Ressourcen unter dem Leitgedanken der Einheit und Solidarität zu bündeln.⁵⁷ Hierfür wurden 750 Milliarden € bereitgestellt. Die Finanzspritze sollte den Mitgliedstaaten und darniederliegenden Wirtschaftssystemen auf die Beine helfen und die Forschung, humanitäre Hilfe und internationale Zusammenarbeit unterstützen.

Das langfristige Budget der EU in Höhe von 1,074 Billionen € (Multiannual Financial Framework, kurz: MFF, 2021–2027) hat der Europäische Rat am 21. Juli verabschiedet. Das Geld soll in Verbindung mit dem NGEU den Ländern nicht nur helfen, die COVID-19-Krise besser zu überstehen, sondern auch den Weg in eine stabilere und klimafreundlichere Zukunft ebnen, in der mehr soziale Gerechtigkeit herrscht. Die Verhandlungen zum MFF und NGEU laufen weiter, wobei das Europäische Parlament am 23. Juli noch keine Zustimmung zum MFF gegeben hat. In der Zwischenzeit ist es ganz entscheidend, dass die Entscheidungsträger der EU einen Wiederaufbauplan mit einem Budget verabschieden, bei dem das Wohl aller Menschen und des Planeten im Mittelpunkt stehen. Es gibt einige positive Nachrichten zu vermelden. So wurde zum Beispiel der Zielbetrag für Maßnahmen zur Verbesserung des Klimas im EU-Budget auf 30 % aufgestockt, nachdem die Europäische Kommission zunächst einen Anteil von 25 % vorgeschlagen hatte. Die Ausgaben zum Klimaschutz müssen dabei den Klimazielen der EU für 2030 entsprechen und sich dem Ziel unterordnen, bis 2050 die Klimaneutralität zu erreichen.

Hinsichtlich der SDGs bezweifeln Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Akteure, dass die Bedingungen stabil genug sind, die an die Ausgaben der NGEU-Mittel und des Budgets durch die Mitgliedstaaten geknüpft sind, um die zunehmenden Benachteiligungen inner- und außerhalb der EU zu bekämpfen – insbesondere, was die Abhängigkeit der Mitgliedstaaten von fossilen Brennstoffen, den Schutz der Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit betrifft. Die Zivilgesellschaft ist der Ansicht, dass der Plan zum Wiederaufbau der Wirtschaft die sozioökonomischen

⁵³ The Guardian: Bangladesh garment factories reopen despite coronavirus threat to workers (11. Mai 2020).

URL: <https://www.theguardian.com/global-development/2020/may/11/bangladesh-garment-factories-reopen-despite-coronavirus-threat-to-workers>

⁵⁴ BBC News: Coronavirus: Two million Bangladesh jobs 'at risk' as clothes orders dry up (29. April 2020).

URL: <https://www.bbc.co.uk/news/world-asia-52417822>.

⁵⁵ Penn State Center for Global Workers' Rights: Abandoned? The Impact of COVID-19 on Workers and Businesses at the Bottom of Global Garment Supply Chains (27. März 2020). URL: <http://www.workersrights.org/wp-content/uploads/2020/03/Abandoned-Penn-State-WRC-Report-March-27-2020.pdf>

⁵⁶ Ibid.:

⁵⁷ URL: <https://www.consilium.europa.eu/media/43384/roadmap-for-recovery-final-21-04-2020.pdf>

Auswirkungen der Pandemie und die drohende Lebensmittelkrise nicht offensiv genug angeht. Es sind bei Weitem zu wenige Bedingungen für einen nachhaltigen Wiederaufbau erfüllt, um Unternehmen zu unterstützen und vor dem Bankrott zu bewahren. Der Plan Next Generation Europe ist mit nur sehr wenigen Anforderungen verbunden, die sicherstellen, dass alle Maßnahmen zum Wiederaufbau auf das Fundament einer nachhaltigen Entwicklung gestellt werden.⁵⁸ Der NGEU enthält außerdem keinerlei Vorgaben zum Gender-Mainstreaming. Es fehlen gezielte Maßnahmen, um der zunehmenden Gewalt gegen Frauen und Mädchen während der Pandemie entgegenzutreten. Außerdem sind keine Investitionen für den Pflegesektor vorgesehen, in dem Frauen die Mehrheit der Beschäftigten stellen. Das Budget muss über den NGEU und den MFF 2021–2027 hinweg an eine gerechte Geschlechterpolitik geknüpft sein. Es muss sichergestellt sein, dass die Finanzmittel und Programme allen Menschen zugutekommen, statt ungewollt die Ungleichheiten noch zu verstärken.

In einer Zeit, in der Entwicklungsländer sowohl mit der COVID-19-Krise als auch mit den immer extremeren Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert sind, ist die geschwächte internationale Solidarität der EU für in der Entwicklungshilfe tätige NGOs besonders kritisch.⁵⁹ Bei den Budgetverhandlungen wurden die Ausgaben für Entwicklungsländer um 10,4 % auf 70,8 Milliarden € gekürzt – bei einem sehr statischen Budget für Ausgaben außerhalb der EU-Grenzen. Außerdem haben die Mitgliedstaaten den Vorschlag der Kommission zurückgewiesen, im Zuge des im Mai geschnürten Aufbaupakets im Kampf gegen die Pandemie weitere 10,5 Milliarden € für die Entwicklung und 5 Milliarden € für humanitäre Hilfe bereitzustellen. Auch die Bereitschaft, Mittel gegen den Klimawandel und zum Schutz der Umwelt bereitzustellen, wird wohl abnehmen – und das, obwohl uns die Pandemie gezeigt hat, wie wichtig insbesondere der Schutz der Natur und der Wälder ist, um die Ausbreitung von Zoonosen zu verhindern.

Die europäische Zivilgesellschaft setzt sich dafür ein, dass alle Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung auf das Fundament der nachhaltigen Entwicklung gestellt werden. Ihr ist besonders wichtig, dass niemand auf der Strecke bleibt und die Menschenrechte umgesetzt werden. Für sie hat

außerdem Priorität, dass die Bürger mehr Mitspracherechte bekommen und sich stärker an Entscheidungen beteiligen können. Außerdem legt die Zivilgesellschaft großen Wert darauf, dass in den Bereichen Umweltschutz und Klimagerechtigkeit die hoch gesteckten Ziele erreicht werden.

SDG Watch Europe stellt 10 zentrale Forderungen an die EU im Hinblick auf einen besseren Wiederaufbau der Wirtschaft infolge der Pandemie, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen und den ehrgeizigen SDG-Fahrplan bis 2030 umzusetzen:

- ✓ Nutzen wir die Krise als Chance. Das Problem liegt im System – wir brauchen einen Paradigmenwechsel.
- ✓ Orientierung an den SDGs und dem Übereinkommen von Paris, um die Krise zu bewältigen
- ✓ Stärkung des Sozialsystems, das außerdem für alle zugänglich gemacht werden muss
- ✓ Einnehmen einer Führungsrolle auf dem Weg zu einem sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftssystem – einschließlich umweltgerechter Haushaltsplanung
- ✓ Knüpfen der wirtschaftlichen Erholung an klare Bedingungen – nein zu Rettungsschirmen für Umweltsünder und zu Steueroasen
- ✓ Umgehender Schuldenerlass und Beendigung ungerechter Sparmaßnahmen
- ✓ Bekämpfung auch aller anderen Krisen
- ✓ Schutz unserer Demokratien sowie der Menschen- und Bürgerrechte
- ✓ Transparenz bei allen politischen Entscheidungen zu COVID-19 und darüber hinaus sowie vollumfängliche Einbeziehung und Mitwirkung der Zivilgesellschaft
- ✓ Weltweites, auf einen grundlegenden Wandel ausgerichtetes Engagement gegen Armut und Hunger

Genauere Ausführungen von SDG Watch Europe zu den 10 Forderungen finden sich [hier](#)

⁵⁸ URL: <https://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/eu-decides-no-green-strings-attached-on-cash-to-virus-hit-firms/>

⁵⁹ Vince Chadwick: Foreign aid neglected in historic EU budget deal (22. Juli 2020).

URL: <https://www.devex.com/news/foreign-aid-neglected-in-historic-eu-budget-deal-97747>

Auswirkungen von COVID-19 auf die Umsetzung der SDG innerhalb der EU und weltweit



Das Einkommen sinkt, anfällige Gruppen werden unter die Armutsgrenze gedrückt. Am meisten betroffen sind Arbeiter im informellen Sektor und Freiberufler, Wanderarbeiter, Menschen im Niedriglohnsektor, Frauen, Ältere, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, Flüchtlinge, Minderheiten, Kinder aus armen Haushalten.



Wer zu Hause keinen Zugang zu verlässlichen sanitären Anlagen und zu einer sicheren Wasserversorgung hat, kann die Hygienestandards nicht einhalten. In Europa haben viele Roma-Gemeinschaften sowie Menschen, die in informellen Unterkünften leben, zu Hause kein Leitungswasser.



Durch die Pandemie könnte sich bis Ende 2020 die Zahl der akut vom Hunger betroffenen Menschen verdoppeln. Unzureichende Vorräte, der ausbleibende Nachschub und die höheren Preise gefährden die Ärmsten der Armen. Gleichzeitig wird die Lebensmittelproduktion in wohlhabenden Ländern instabiler, etwa durch Abhängigkeit von Importen.



Einige Regionen der Welt leiden unter Energiemangel. In der EU kann es wegen der Pandemie beim Bau entsprechender neuer Anlagen zu Verzögerungen kommen.



Millionen leiden an COVID-19, und noch viel mehr Menschen unter den mangelnden Behandlungsmöglichkeiten für andere Krankheiten. Die Pandemie hat in vielen Teilen der Welt Schwachstellen in den Gesundheitssystemen und mangelnde Kapazitäten aufgedeckt. In der EU kommen unterfinanzierte und unterbesetzte öffentliche Gesundheitssysteme nicht mehr mit.



Durch die eingeschränkten wirtschaftlichen Aktivitäten kommt es zu Einkommensausfällen, Firmenschließungen und Arbeitslosigkeit. Die Pandemie zeigt Lücken in der sozialen Absicherung und inakzeptable Arbeitsbedingungen auf – beispielsweise in der deutschen Fleischindustrie. Es besteht die Gefahr, dass sich die Pläne zur Wiederankurbelung der Konjunktur nur auf kurzfristiges wirtschaftliches Wachstum konzentrieren, statt auf eine langfristige nachhaltige Entwicklung und das Wohl aller Bürger.



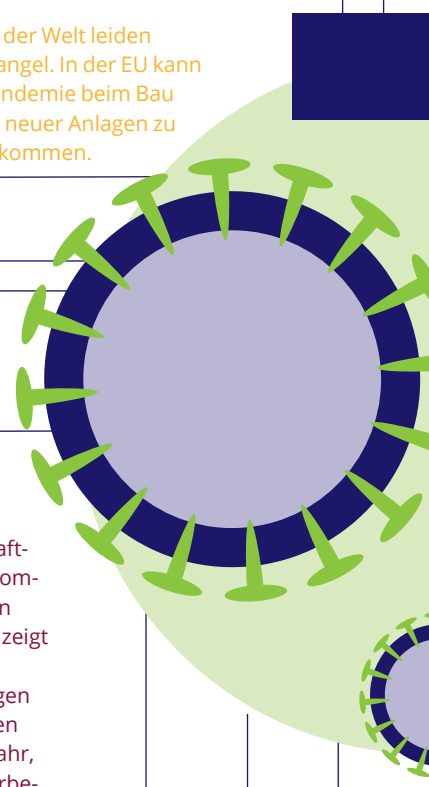
Die Schulen bleiben für Millionen von Kindern in aller Welt geschlossen. Vor allem Kinder aus unterprivilegierten Familien hatten keinen Zugang zu Fern- und Online-Unterricht. Kinder und Erwachsene mit besonderen Bedürfnissen oder Behinderungen standen vor demselben Problem.



Frauen haben mit Einbußen beim Einkommen und unsicheren Arbeitsplätzen zu kämpfen. Sie leiden an der dreifachen Belastung zwischen Arbeitsplatz, Kindererziehung und Homeschooling. Die Gewalt in den eigenen vier Wänden hat zugenommen. Das Pflegepersonal besteht hauptsächlich aus Frauen, die damit bei geringem Lohn höheren Risiken ausgesetzt sind.



Es besteht das hohe Risiko, dass sich die Aufbaumaßnahmen nur damit beschäftigen, den Status quo wiederherzustellen, anstatt Investitionen in innovative und nachhaltige Geschäftsmodelle und CO2-neutrale Lösungen zuzulassen. Die Finanzhilfen fließen in Branchen, die große Mengen fossiler Treibstoffe verbrauchen, wie etwa in den Luftverkehrssektor – ohne Auflagen für eine nachhaltigere Entwicklung. Jetzt ist die Gelegenheit, unnachhaltige Geschäftsmodelle durch nachhaltige Lösungen zu ersetzen.



COVID-19 und die SDGs



Die Pandemie deckt schonungslos die weitreichenden Ungleichheiten innerhalb unserer Gesellschaften auf. Die schutzbedürftigsten Gruppen sind am meisten betroffen. Durch den Lockdown und den wirtschaftlichen Abschwung fallen bestehende Ungleichheiten noch stärker ins Gewicht. Besonders stark betroffen sind ältere Generationen, Menschen mit Behinderungen und in prekären Arbeitsverhältnissen, Wanderarbeiter, Frauen, Flüchtlinge, Minderheiten, Kinder und junge Menschen aus unterprivilegierten Familien.



Kurzfristig kann der Rückgang der CO₂-Emissionen bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Rezession die Klimaziele in den Hintergrund drängen – wodurch es langfristig noch schwieriger wird, diese Ziele zu erreichen. Zudem besteht das Risiko, dass Maßnahmen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau eingeleitet und gewaltige finanzielle Investitionen getätigt werden, die nicht CO₂-neutral sind.



Es besteht das Risiko, dass die Pandemie die Bemühungen und Maßnahmen zum Erhalt der Weltmeere einschränkt. Immer mehr Plastikmüll landet in Form von Einmalhandschuhen, -masken und zusätzlichen Verpackungen in den Meeren. Dadurch nehmen wir den Ozeanen die Chance, sich in einer Phase eingeschränkter wirtschaftlicher Aktivität zu erholen.



Der fortlaufende Verfall der Umwelt, der Verlust der Ökosysteme und unser Umgang mit Wild- und domestizierten Tieren sind eine der Ursachen von Zoonosen. Die Pandemie macht uns bewusst, wie fragil unser Planet ist, dass wir so viele Arten und Ökosysteme wie möglich retten müssen und dass es an der Zeit ist, unseren Umgang mit Tieren zu überdenken. Die Chance liegt darin, dass jetzt mehr Menschen bewusst wird, was die Natur wert ist, und was wir tun können, um sie zu schützen. Wir können jetzt erkennen, dass indigene Gruppen und lokale Gemeinschaften, deren Überleben von natürlichen Ressourcen wie Wäldern abhängt, eine zentrale Rolle spielen: Sie müssen an allen Entscheidungen, die unseren Umgang mit der Umwelt betreffen, maßgeblich beteiligt werden.



Wer in einer überfüllten Region oder im urbanen Umfeld ohne Zugang zu Grünflächen lebt, hat ein höheres Infektionsrisiko. Dasselbe gilt für Menschen, die auf öffentliche Transportmittel angewiesen sind. Dadurch ergibt sich die Chance, dass öffentliche Plätze zum Spazieren gehen und Radfahren an Bedeutung gewinnen. Gleichzeitig steigt das Risiko eines erhöhten Verkehrsaufkommens, da die Menschen öffentliche Verkehrsmittel meiden.



Die Tatsache, dass die Zivilgesellschaft immer weniger Raum hat, bedroht auch die gute Regierungsführung und die auf Beteiligung aller Mitbürger ausgerichtete Demokratie. Online-Meetings können die Teilnahmebereitschaft erhöhen, aber auch dazu führen, dass die Zivilgesellschaft bei wichtigen Entscheidungen außen vor bleibt. Unter Umständen wird die Arbeit der Gerichte beeinträchtigt. Außerdem besteht die Gefahr, dass die Situation ausgenutzt wird, um politische Entscheidungen und Maßnahmen durchzudrücken, für die niemand Verantwortung übernimmt und die nicht der öffentlichen Kontrolle unterliegen.



Der rückläufige Konsum hat zu schweren Verwerfungen weiter flussaufwärts in den Lieferketten geführt. So wurden etwa Millionen von Arbeitern im Textilgewerbe in Bangladesch entlassen, während Geld für Bestellungen ausgegeben wurde, die von den europäischen Firmen am Ende storniert wurden. Die Pandemie zeigt einerseits, wie anfällig Lieferketten sind. Andererseits erkennen wir daran auch, wie abhängig die EU von ihren komplexen Lieferketten ist, und wie wenig Verantwortung sie in diesem Prozess übernimmt. Wir brauchen faire globale Lieferketten und stabilere lokale Lieferketten. Die Bevölkerung muss dazu in der Lage sein, sich besser mit lokalen Produkten zu versorgen.



Stimmige Informationen, gute Partnerschaften und aufgeschlüsselte Daten sind wertvoller denn je. Die Pandemie sollte die weltweite Solidarität stärken und beweisen, dass die Weltgemeinschaft als Einheit funktioniert. Eine Bedrohung stellen nationalistisch motivierte Maßnahmen dar, die nur darauf ausgerichtet sind, die Interessen, die Wirtschaft und die finanziellen Ressourcen einzelner Länder zu schützen – zum Nachteil der anderen.